

"Handelsblatt" Airlines verlangen Regulierung der Flughafengebühren

DÜSSELDORF - Im Streit um die Erhöhung der Entgelte an deutschen Flughäfen fordern die Fluggesellschaften eine neue Regulierung. "Aus unserer Sicht wäre eine neutrale Aufsichtsbehörde auf Bundesebene sinnvoll", zitiert das "Handelsblatt" (Dienstag) die Lufthansa. Eine solche Lösung habe den Vorteil, dass die Gebühren von einer unabhängigen Instanz genehmigt und zudem die Bundesländer entlastet würden.

Diese sind bislang für die Genehmigung der Entgelte zuständig, sie sind aber gleichzeitig an den Flughäfen beteiligt. Jetzt müsse die Bundesregierung aktiv werden, forderte die Lufthansa.

Die Flughafenbetreiber lehnen eine Regulierung, wie es sie bei Telekommunikation, Post, Bahn und Energie bereits gibt ab. Die Bundesnetzagentur wäre hingegen für die neue Aufgabe nach Angaben von Behördenchef Matthias Kurth offen.

Seit Jahren streiten Fluggesellschaften und Airports über die Gebühren. Erst in der vergangenen Woche hatte der Flughafenbetreiber Fraport nach monatelangen Verhandlungen eine Einigung mit den Airlines verkündet, wonach die Preise in den kommenden beiden Jahren schrittweise um insgesamt 12,5 Prozent erhöht werden. Dieses Vorpreschen habe für erneuten Unmut der Fluggesellschaften gesorgt, schreibt die Zeitung. Es sei nicht abgestimmt gewesen.

Unternehmenskenner hielten es für möglich, dass die Lufthansa das Abkommen noch kippen könnte. Möglich sei das, weil die Vereinbarung unter dem Vorbehalt steht, dass auch über die weitere Entgeltentwicklung bis 2015 eine Lösung gefunden wird.